

VEREIN ZUR FÖRDERUNG DES STROMGEBIETES ODER/HAVEL E. V.

Newsletter 05/2020 (113. Ausgabe)
11.06.2020

Deutsch-polnische Grenze wieder geöffnet

Ab 13.06.2020, 0:00 Uhr, wird die deutsch-polnische Grenze wieder ohne Probleme passierbar sein. Das hat die polnische Regierung mitgeteilt. Von deutscher Seite aus ist der freie Reiseverkehr ab 15.06.2020 möglich.

Landtags-Ausschuss kritisiert Polens Pläne für die Oder-Erneuerung

Im Newsletter 04/2020 haben wir über die Kritik des BUND an den polnischen Plänen für die Oder-Erneuerung berichtet. Inzwischen hat sich der Ausschuss für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landtages Brandenburg mit dem Thema beschäftigt. In der Ausschuss-Sitzung vom 03.06.2020 trug der Leiter des Nationalparks Unteres Odertal Dirk Treichel seine Befürchtungen vor. Aus Sicht der Nationalparkverwaltung seien die polnischen Pläne nicht mit der Wasserrahmenrichtlinie und den Naturschutz-Richtlinien der Europäischen Union vereinbar. Die Einwände der Nationalparkverwaltung gegen den Ausbau seien "von polnischer Seite komplett weggeräumt" worden.

Im März sei nach polnischem Recht ein Umweltbescheid erteilt worden, schon in diesem Jahr solle eine Genehmigung für Ausbauarbeiten im Bereich Slubice erteilt werden. "Das wird hydrologische Veränderungen nach sich ziehen, die sich unmittelbar auf den Nationalpark auswirken", sagte Treichel.

Der Oderverein hat mit einer Pressemitteilung auf die Diskussion im Landtag reagiert und sein Befremden darüber geäußert, dass nur die Nationalparkverwaltung zu der Sitzung eingeladen war. Vertreter anderer Organisationen von deutscher und auch polnischer Seite nahmen an der Ausschuss-Sitzung nicht teil.

Die Ausschuss-Mitglieder gingen soweit, in einem Antragsentwurf den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg Dietmar Woidke in seiner Funktion als Polenbeauftragter der Bundesregierung aufzufordern, gegen der Vorhaben in Warschau zu intervenieren. Diese Passage ist dann auf Drängen der CDU-Vertreter gestrichen worden.

Der Oderverein hat sich trotzdem an Woidke als Polenbeauftragten gewandt und auf die Hintergründe des Verfahrens verwiesen, die im Ausschuss offensichtlich nicht zur Sprache kamen.

Zu den Fakten gehören:

1. Das gesamte Vorhaben ist seit mindestens eineinhalb Jahren bekannt.
2. Das polnische Ministerium für maritime Wirtschaft und Binnenschifffahrt hat im Jahr 2019 ein grenzüberschreitendes Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren eingeleitet, das alle Aspekte einer Oder-Modernisierung aufgegriffen und untersucht hat. Im Ergebnis sind keine grundlegenden Verfahrensfehler festzustellen. Dem ist auch die Weltbank als wesentlicher Geldgeber der Maßnahmen in ihrer Stellungnahme gefolgt.
3. Die polnischen Pläne für die Oder-Verbesserungen sind Teil des Deutsch-Polnischen Regierungsabkommens vom 27.04.2015 und bewegen sich in den dort enthaltenen Vorgaben u.a. zum Hochwasserschutz.

Selbst der brandenburgische Umweltminister Axel Vogel räumte bereits ein, dass man schlechte Karten habe, um gegen das Vorhaben vorzugehen. Theoretisch könnte Brandenburg bei der EU gegen die polnischen Pläne klagen, jedoch hat der Bund zu verstehen gegeben, dass er dies nicht unterstützen würde.

Wir meinen: Eine Intervention, gar eine Klage, wären die schlechtesten aller Mittel, um unterschiedliche Positionen zu erörtern und beizulegen. Schließlich hat die Zusammenarbeit Brandenburgs mit der Republik Polen Verfassungsrang. Dessen sollte man sich erinnern, wenn man mit Vertretern jenseits der Oder in Kontakt treten möchte. Nachbarn, die sich mit Klagen überziehen, sind keine guten Nachbarn.

Die Bundestagsfraktion der GRÜNEN hat in einer Kleinen Anfrage (Drucksache 19/19427 v. 28.05.2020) die polnischen Pläne zum Anlass genommen, bei der Bundesregierung nachzufragen, inwieweit die deutsche Seite einbezogen war und welche Maßnahmen sie selbst unternehmen wird. Die Kleine Anfrage wird sehr sachlich und objektiv beantwortet. Soweit erkennbar unterstützt die Antwort der Bundesregierung unsere Auffassung, dass es keine Verfahrensfehler gibt.

Leider halten die GRÜNEN und die Naturschutzvertreter wie der BUND an den althergebrachten Auffassungen fest, dass so viel Natur wie möglich unangetastet erhalten bleiben soll. Aus unserer Sicht wäre es höchste Zeit, dass auch die Umweltschützer angesichts der drohenden Klimaveränderungen ihre Haltung ändern und Maßnahmen, die ein Wassermanagement für Landwirtschaft und Natur ermöglichen, aktiv angehen. Selbst die Landwirtschaft hat erkannt, dass wir das Wasser, das wir haben, so lange wie möglich festhalten müssen. Dazu sollten wir geeignete Maßnahmen entwickeln. In diesem Sinn hat sich auch der Oderverein in seiner Pressemitteilung vom 03.06.2020 geäußert:

Ein über lange Zeit funktionsfähiges Regulierungssystem, bestehend aus Buhnen und ähnlichen Bauwerken, wiederherzustellen und nach heutigen wasserbaulichen Erkenntnissen zu modernisieren, um damit vorhandene Schwachstellen der Fahrwassertiefen zu beseitigen, ist aus der Sicht des Odervereins eine sinnvolle und zu begrüßende Entwicklungsmaßnahme, die nach polnischen Vorstellungen auf Hochwasserschutz ausgerichtet ist und dem Eisauflauf durch Einsatz von Eisbrechern dient, die aber auch für eine zu reaktivierende Schifffahrt auf der Oder von Nutzen sein kann.

Im Gegenteil fordere der Oderverein die Umweltverbände auf, ihre rückwärtsgewandte Verhinderungspolitik aufzugeben und im Zuge einer in die Zukunft gerichteten Strategie die Veränderungen infolge des Klimawandels in die Betrachtung einzubeziehen. „Was nutzt der Natur und den Menschen am Fluss eine Oder, die im Mittel- und Unterlauf ungehindert abfließt, deren Wasser immer weniger wird und eines Tages zu einem Rinnsal verkommt?“ fragt der Oderverein-Vorsitzende.

„Wir brauchen Strategien, die das Wasser in den Mittelpunkt stellen. Tiere, Pflanzen, Menschen, ganz besonders die Landwirtschaft, benötigen ein zukunftssicheres Konzept, um Wasser festzuhalten und ein Management der Ressource Wasser zu ermöglichen. Darüber würden wir uns gern mit den Umweltverbänden unterhalten. Die polnische Regierung ist dabei, ein solches Konzept zu entwickeln und umzusetzen, und wir sollten von deutscher Seite aus uns auf Regierungsebene nicht gegen die wohlüberlegten Pläne unserer Nachbarn wenden,“ bekräftigt Ostwald.

Termin für das 24. Internationale Oder/Havel-Colloquium bleibt bestehen

Der Vorstand des Odervereins hat die aktuelle Situation während der Corona-Pandemie in den letzten Tagen neu bewertet und ist zu dem Schluss gelangt, an dem Termin für das 24. Internationale Oder/Havel-Colloquium zum Thema "Neubau des Schiffshebewerks Niederfinow - Impuls für die regionale Wirtschaft" am 17.09.2020, 10:00 Uhr, im Paul-Wunderlich-Haus in Eberswalde festzuhalten. Wir werden Sie dazu weiter informieren.

Unterstützung für die Binnenschifffahrt in Polen

Wie einer Meldung des polnischen Ministeriums für maritime Wirtschaft und Binnenschifffahrt zu entnehmen ist, verzichtet die polnische Regierung befristet bis zum 30.09.2020 auf Schifffahrtabgaben wie zum Beispiel Schleusengebühren. Das soll angesichts der Corona-Pandemie der polnischen Wirtschaft helfen und dazu beitragen, dass die polnische Binnenschifffahrt die Zeit der Krise überwinden kann.

* * * * *

Haben Sie interessante Neuigkeiten aus Ihrem Bereich, die Sie gern im neuen Newsletter des Verein veröffentlicht sehen wollen ?

Dann mailen Sie Ihre Information an info@oderverein.de oder faxen Sie sie an +49 30 47480416.

* * * * *

Verantw. f. d. Inhalt: Gerhard Ostwald, Vorsitzender
VEREIN ZUR FÖRDERUNG DES STROMGEBIETES ODER/HAVEL E. V. , c/o Gerhard Ostwald, Le Pavillon-Str. 29, 13127 Berlin, Fon +49 30 47480414, Fax +49 30 47480416, E- Mail info@oderverein.de